

# Staatliche Zwangsarbeit – Dank DGB und SPD!

Zum dritten Mal in Folge haben am 1. Mai in Frankfurt Faschisten und Nazis eine Demonstration angekündigt. Hierzu gilt wie immer: **Keinen Fußbreit den Faschisten!**

Mehr zu sagen gibt es allerdings zu Sozialabbaukanzler Schröder und einer Gewerkschaft, deren Funktionäre sich insbesondere als Stiefellecker von Politik und Unternehmertum hervortun.

Seit dem 1. Januar 2003 werden in einer ersten Phase die Hartz-Pläne umgesetzt.

Schützenhilfe erhielt Schröder dabei vom DGB und anderen etablierten Gewerkschaften, die mit Ihren Tarifverträgen für PSA-Beschäftigte den Weg für Dumpinglöhne und Zwangsarbeit ebneten.

Wer glaubt, nur die Arbeitslosen sein von „Hartz“ betroffen, irrt!

Betroffen sind alle vom Lohnerwerb Abhängigen. Die neuen Gesetze erleichtern Firmen die Möglichkeit, Menschen in „festen“ Arbeitsverhältnissen gegen befristete Arbeitskräfte auszutauschen.

Eine erhöhte Erpressbarkeit der bisherigen Belegschaften ist damit vorprogrammiert.

## Die Hartz-Gesetze und was nach der Agenda 2010-Rede Schröders noch folgen soll:

### • Einführung staatlicher Zwangsarbeit

Seit 1. April 2003 können Arbeitslose ab dem ersten Tag ihrer Arbeitslosigkeit vom Arbeitsamt gezwungen werden, sich einer PSA zur Verfügung zu stellen. Eine PSA (Personal-Service-Agentur) ist eine Leiharbeitsfirma, die Arbeitnehmer im Auftrag des Arbeitsamtes zu lächerlich niedrigen Löhnen in befristete Arbeitsverhältnisse verleiht. Sie ist entweder eine aus dem Arbeitsamt ausgegliederte Agentur oder ein privater Dienstleister. Im Raum Frankfurt haben sich etwa 30 kommerzielle Verleiher, darunter Randstad, Adecco, aber auch kleinere Firmen um den Status einer PSA beworben. Rund 10 von ihnen sollen ausgewählt werden. Im Arbeitsamtsbezirk Frankfurt konnten im März 2003 den 46.244 Erwerbslosen gerade einmal 6.610 offene Stellen angeboten werden. Nicht mangelnde Arbeitsbereitschaft ist das Problem, sondern fehlende Arbeitsplätze. PSA-Leiharbeitsfirmen schaffen keine weiteren Arbeitsplätze.

Die PSA-Arbeitnehmer dürfen über Zeitverträge von der PSA für einen unbestimmten Zeitraum an einen Entleihbetrieb ausgeliehen werden. Anders als bisher kann dies beliebig oft und lange geschehen. In der verleihfreien Zeit gibt es nicht etwa sinnvolle Fortbildungsangebote; vielmehr werden die Arbeitnehmer mit schikanösen „Qualifizierungsmaßnahmen“, wie z.B. Bewerbungstrainings oder für sie beruflich völlig irrelevanten Schulungen beschäftigt.

### • Dumpinglöhne

Nach 6 Monaten Arbeitslosigkeit müssen Arbeitslose bereit sein, Arbeit für einen „Lohn“ in Höhe ihres Arbeitslosengeldes anzunehmen. Bei einer PSA erhalten Beschäftigte während der ersten sechs Verleihwochen lediglich einen Lohn in Höhe des Arbeitslosengeldes. Bereits mit diesen Maßnahmen ist eine massive Lohneinbuße erzwungen worden. Dazu kommen die von DGB und CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) ausgehandelten Mindeststundenlöhne für Menschen mit so genannten Vermittlungshemmnissen. Sie betragen 5,70 € bis 6,30 € (Ost- und Westtarif des CGB), bzw. 6,85 € (DGB). Als Vermittlungshemmnisse gelten unter anderem Langzeitarbeitslosigkeit, Behinderungen, keine Berufsausbildung. Die PSA kann ihre Beschäftigten also zu diesem Stundenlohn an Firmen verleihen,

sofern die Arbeitnehmer einer Gewerkschaft angehören, die mit der Verleihfirma einen solchen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Ist dies nicht der Fall, greift nach wie vor der Grundsatz des „equal pay“. Dann gelten die bei der Entleihfirma üblichen Arbeitsbedingungen inklusive des Lohns.

### • Mobilitätswang

Arbeitslose müssen nach drei Monaten innerhalb Deutschlands umziehen, wenn PSA oder Arbeitsamt das wünschen. Falls Arbeitslose Familie haben, dürfen sie noch sechs Monate vor Ort Arbeit suchen, dann müssen auch sie umziehen und ihre sozialen Bindungen gefährden, bzw. aufgeben.

• **Drastische Kürzungen bei Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit.** Als Strafe kann das Arbeitslosengeld um 30% gekürzt werden. Damit einher geht die Umkehr der Beweisspflicht! Erwerbslose müssen begründen, warum für sie die Arbeit unzumutbar ist.

### • Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Arbeitsunfähige Sozialhilfe-BezieherInnen und nicht mehr vermittelbare Langzeitarbeitslose sollen ab dem 1.1.2004 nur noch ein **Sozialgeld** in Höhe des durchschnittlichen Sozialhilfe-Ecksatzes (alle Zulagen werden inkl. der Miete pauschaliert) von bis zu 642 € bekommen; arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und Erwerbslose erhalten das neue **Arbeitslosengeld II**, ebenfalls auf diesem Sozialgeld-Niveau.

• **Einführung der kommunalen Zwangsarbeit** für jugendliche Erwachsene unter 25 Jahren, wenn sie eine Arbeit ablehnen oder Fortbildungsmaßnahmen verweigern.

• **Abschaffung des Kündigungsschutzes** - speziell für über 50jährige KollegInnen.

• **Der Anspruch auf Krankengeld** soll künftig durch einen für die Beschäftigten erhöhten Beitrag von bis zu 15 € monatlich gesichert werden. Das bedeutet eine Entlastung der Kapitalisten um 0,4 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem sind höhere Rezeptgebühren, Bußgeld fürs Arztwechseln, höhere Beteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Heilbehandlungen geplant.

## Was tun, wenn es brennt?

Schröders Reformen entpuppen sich als Frontalangriff der Reichen gegen die Armen. Die einzig angemessene Antwort darauf lautet Widerstand!

Es existieren verschiedene Möglichkeiten, sich ohne das Risiko einer Sperrfrist beim Arbeitsamt gegen die PSA's zu wehren.

Ob einzeln oder organisiert, wir müssen uns nicht alles gefallen lassen!



## Widerstandsformen für Einzelne

### Bummelstreik

So laaaaaangsam arbeiten, daß es Vorgesetzten das Wasser in die Augen treibt.

### Genau arbeiten

Ständig nachfragen, Vorgesetzte die eigene Arbeit kontrollieren lassen. „Mache ich auch alles richtig?“, „Entschuldigung, daß ich Sie noch mal störe, aber bevor ich Fehler mache, ....“

### Dienst nach Vorschrift

Arbeitnehmerrecht zu kennen, bringt Vorteile. Viele Chefs kennen die Vorschriften schlecht oder gehen davon aus, daß Untergebene ihre Rechte nicht kennen. Keine Chefin darf sich darüber beschweren, daß Untergebene auf genaue Einhaltung der Gesetze bestehen. Übrigens darf man sich über vieles davon während der Arbeitszeit informieren.

### Arbeitssicherheit

Die Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften macht Arbeit sicherer und damit produktiver. Chefs freuen sich daher stets über Sicherheitshinweise- auch wenn die Arbeit ruht, bis alle Vorschriften eingehalten werden.

### Gesund bleiben

Wer nicht fitt ist, muß zum Arzt. Wer Krankheiten verschleppt, schadet sich selbst und dem Betrieb. Arbeit kann Krankheiten verschlimmern – frühzeitige Arztbesuche helfen. Auch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sind sehr wichtig.

### Vorsicht!

Manchmal ist man sauer, z.B. wenn man erfährt, daß man entlassen wird. In diesem Zustand können vor Wut die Hände zittern. Dadurch kann sehr leicht etwas kaputt gehen und der Firma Schaden entstehen. Hier ist Vorsicht geboten!

Für uns bleibt es dabei: **Niedriglohn und Zwangsarbeit, dafür haben wir keine Zeit!**

**FAU IAA**  
Gewerkschaft für alle Berufe

Mühlgasse 13  
60486 Frankfurt

<http://www.fau.org>

Treffen: Donnerstags ab 19.30Uhr

## Organisierter Widerstand oder gemeinsam sind wir stärker!

### Austausch

KollegInnen haben andere Interessen als Chefs. Um diese gemeinsam durchzusetzen, ist ein Austausch über Arbeitsbedingungen und Neuigkeiten im Betrieb nötig.

### Demonstrationen und Versammlungen

Es ist wichtig, Bossen, Politikerinnen und Gewerkschaftsfunktionären die Meinung zu sagen. Es gibt viele Anlässe, sie in ihren Palästen aus Glas und Stahl aufzuschrecken und ihnen massiv in Erinnerung zu rufen, daß sie es nicht mit Statisten, sondern mit Menschen zu tun haben.

### Streik

Es gibt mehr als Arschkriechergewerkschaften à la DGB.

Auch die FAU ist eine Gewerkschaft und kann streiken. Dazu brauchen wir Mitglieder in PSA-Betrieben – je mehr, desto besser. Streiks in PSA-Betrieben können die Umsetzung der Hartz-Pläne erheblich erschweren.

### FAU

Die FAU ist derzeit die einzige Gewerkschaft, die die Möglichkeit bietet, sich gegen Hartz zu organisieren. Wir sind eine Gewerkschaft, die auf Selbstorganisation, statt Funktionärstum baut. Neben vielen mittelfristigen Zielen, streben wir eine herrschaftslose, ausbeutungsfreie und auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft an. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus, auf dessen Ideen wir uns berufen. Jeder und jede, die in diesem Sinne mit uns zusammen arbeiten möchte, ist uns willkommen. Nähere Informationen : <http://www.fau.org>